



Spandauer Stachel

ZEITUNG DER ALTERNATIVEN LISTE SPANDAU

Nr.1 Jahrg. 2013

Aus dem Inhalt:

STREIK LIEGT IN DER LUFT

Die Arbeitgeber haben die Mantel- und Gehaltstarifverträge im Einzelhandel gekündigt. Was bedeutet das für die Beschäftigten? **Seite 1,2**

AUCH IN SPANDAU

Für den Beitritt Spandaus zum Klima-Bündnis der europäischen Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder. **Seite 2**

NUR OHNE GORLEBEN!

Warum das jetzt vereinbarte Endlagergesetz mehr schadet als nutzt. **Seite 3**

UMGESTALTUNG EISWERDERS

Kleingärten, eine Kfz-Werkstatt und ein historischer Ziegelbau fielen der Abrissbirne ebenso zum Opfer wie zahlreiche, ganz offenbar gesunde Bäume. **Seite 4**

IM TEMPORAUSCH VEREINT

CDU, SPD und Piraten fordern Tempo 50 am Kiesteich. **Seite 4**

HONORARKRÄFTE DER MUSIKSCHULE...

...verdienen anständige Arbeitsverhältnisse. Umsetzung des „Masterplans Musikschule“ wäre die Lösung. **Seite 5**

SPANDAU UND DIE STRASSENBAHN

Es gibt bürgerliches Interesse an einem Straßenbahnbetrieb in Spandau. **Seite 6**

BERLINS ENERGIE- VERSORGUNG...

...gehört in die Hand der Berlinerinnen. **Seite 6**

SCHALLSCHUTZ FÜR TEGEL-BETROFFENE JETZT!

Die in den Flugschneisen Lebenden haben mit Fug und Recht die Nase voll. **Seite 7**

NAZI-MORDSERIE AUFKLÄREN!

Grüne fordern: Konsequenzen aus dem Versagen der Sicherheitsbehörden ziehen. **Seite 8**

Streik liegt in der Luft

Arbeitgeber haben die Mantel- und Gehaltstarifverträge im Einzelhandel gekündigt.

Vor allem im ostdeutschen Einzelhandel herrschen schon seit geraumer Zeit Wild-West-Methoden. In regelmäßigen Abständen erfährt die Öffentlichkeit mit leichtem Gruseln, was sich Lidl, Aldi, Kik und wie immer sie sonst heißen, gegenüber ihren Beschäftigten alles leisten. Heimliche Bespitzelungen, Mobbing, Arbeitshetze, nicht bezahlte Arbeitszeit, Minijobs, Outsourcing in noch prekärere Arbeitsverhältnisse, keine Betriebsräte, keine Gewerkschaft und oft genug Dumpinglöhne – so sieht für viele die Realität als Verkäuferin im deutschen Einzelhandel aus.

Gewerkschafter/innen haben es - angesichts der eingefahrenen Strukturen - schwer: Im Ostteil unserer Republik einschließlich Berlins lag der Grad der Tarifbindung vor kurzem noch bei gerade mal 27%. Weniger als ein Drittel aller Beschäftigten arbeiteten also in Unternehmen, in denen so etwas wie Tarifverträge angewandt werden.

Auf die große Mehrheit der Handelsbeschäftigten unserer Region trifft dies nicht zu – sie müssen ihre Arbeitsbedingungen (wie Arbeitszeit, Geld, Urlaub, Überstunden, etc.) frei mit ihren jeweiligen Chefs aushandeln.

Selbst in den westlichen Bundesländern hat sich die Tarifbindungsquote in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich nach unten bewegt, so dass sie im Durchschnitt nur noch bei rund 50% liegt. Das hat Folgen: Angesichts der ablehnenden Haltung der schwarz-gelben Bundesregierung in Sachen gesetzlichem Mindestlohn, hatten sich ver.di und der Arbeitgeberverband HDE darauf verständigt, einen tariflichen Mindestlohn in Angriff zu nehmen, der dafür sorgen soll, dass die „Ehrlichen“ (also die, die Tarif zahlen müssen) am Ende nicht die Dummen sind. Mit Hilfe eines bundesweiten Mindestlohn-Tarifvertrags sollte eine für alle verbindliche Grenze des Lohndumpings eingebracht werden, so dass der Wettbewerb zwischen den Unternehmen fortan nicht länger nur auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen würde.

Von der Politik hätte man dann lediglich noch eine sog. Allgemeinverbindlichkeitserklärung benötigt, mit der der ausgehandelte Mindest-

lohn-Tarifvertrag dann für alle Einzelhändler, insbesondere die nicht tarifgebundenen, verpflichtend gelten würde. Allein – dazu kam es nicht. Die Arbeitgeber taten wenig, um auf ihrer Seite des Tisches die Tarifbindung zu erhöhen. Bekannte Schlupflöcher wurden nicht geschlossen, wie zum Beispiel die Möglichkeit, dass Unternehmer zwar die Rechtshilfe- und politischen Lobbyleistungen des HDE in Anspruch nehmen dürfen, auf der anderen Seite aber keineswegs verpflichtet

werden, ihren Beschäftigten auch den vom HDE mit ausgehandelten Tariflohn zu zahlen.

Vor der eigenen Tür hatte der HDE während der ganzen Verhandlungen vergessen zu kehren. Dafür forderte man ungeniert immer mehr von den Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft. Sie solle sich einer „Modernisierung“ der Tarifverträge nicht verweigern. Nur wenn die Regeln „flexibler“ würden und eine höhere Lohnspreizung erlaubten, wür-



Streikende am Neptunbrunnen

Foto: Stachel

den sie auch für tarifflüchtige Unternehmen wieder interessant und attraktiv. Das wollen wir gern glauben – allerdings stellt sich uns Gewerkschafter/innen dann die Frage nach dem Sinn von Tarifverträgen, wenn diese bestenfalls den legalen Mantel dafür hergeben, dass die Unternehmen mit ihren Beschäftigten sowieso machen, was sie wollen.

Nachdem – angesichts der beschriebenen Rahmenbedingungen und ideologischen Vorgaben

des HDE – die Verhandlungen über Mindestlohn und Reformen in der tariflichen Entgeltstruktur nicht mehr vom Fleck kamen, schalteten die Arbeitgeber Ende Januar 2013 auf Plan B um.

Für alle überraschend kündigten sie auf einen Schlag bundesweit alle Entgelt- und Manteltarifverträge des Einzelhandels. Einzige Ausnahme ist Hamburg – warum auch immer...

Für die Situation in Berlin und Brandenburg bedeutet die arbeitgeberseitige Kündigung der Tarifverträge, dass ab dem

1. Mai 2013 die Friedenspflicht endet und Arbeitskampfmaßnahmen zu erwarten sind. In den Manteltarifverträgen unserer Region sind heute z.B. die Arbeitszeiten geregelt (37- bzw. 38 Stundenwoche, Anspruch auf zwei freie Sonntage im Monat, Anspruch auf im Voraus planbare Freizeittage, Begrenzung der wöchentlichen Anzahl von Arbeitszeiten bis Mitternacht oder



Kollege Thomas

Foto: Stachel

Fortsetzung Seite 2

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Streik liegt in der Luft

Fortsetzung von Seite 1

länger, Spät- und Sonntagszuschläge), sowie u.a. auch das Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld.

Die große Mehrheit der tarifgebundenen Beschäftigten wird nicht

bringen, sondern Solidarität die Lösung ist. Der aktuelle Zulauf zur Gewerkschaft stimmt hoffnungsfroh.

Neben den Angriffen der Arbeitgeberverbände auf die Manteltarif-



Gewerkschaftsmitglieder tragen sich in die Listen ein Foto: Stachel

kampflos hinnehmen, dass die Arbeitgeber die Axt an unsere zentralen Arbeitsbedingungen legen. Jetzt kommt es darauf an, dass möglichst viele Einzelhandels-Beschäftigte erkennen, dass allein handeln nichts

regelungen, für die bereits ab 1. Mai keine Friedenspflicht mehr besteht, steht ab 1. Juli in unserer Region aber auch noch eine ganz normale Gehaltsrunde an.

Tarifgebundene Vollzeit-Arbeitsver-

hältnisse sind im Einzelhandel derzeit generell vom Aussterben bedroht. Teilzeit-Arbeit, oder gar Minijobs, und die Arbeit in Betrieben, die keinen Tariflohn zahlen ist die Regel. Leben kann man davon nicht – die Zahl der Aufstocker/innen, um mit seiner Arbeit wenigstens auf Hartz IV-Niveau zu kommen, nimmt immer mehr zu – übrigens auch eine interessante Subvention der Steuerzahler/innen für „notleidende“ Einzelhändler.

Dass es so gekommen ist, hat die neoliberale Umverteilungs-Politik von unten nach ganz oben, die in den letzten 20 Jahren nahezu alle Parteien besoffen gemacht hatte, zu verantworten. Dass befristete Mini-Teilzeit-Arbeitsverhältnisse, Lohndumping und 5 Euro-Stundenlöhne in Deutschland überhaupt Einzug hielten und sich derart rasant ausbreiten konnten, ist ohne die rot-grüne Agenda 2010-Politik undenkbar. Unlängst war 10. Jahrestag der Verkündung dieser Agenda 2010 durch Ex-Kanzler Schröder. Ein Grund zum Feiern? Sicher – fragt sich nur für wen. Für die abhängig Beschäftigten in diesem Land ganz sicher nicht.

Worum es bei der anstehenden Lohn- und Gehaltsrunde im Einzel-

handel geht? Um nichts anderes als um die Bekämpfung der Armut, sowohl die der aktuell arbeitenden Kolleg/innen, als auch die der Beschäftigten, die irgendwann einmal Rente bekommen wollen.

Der aktuelle „Höchstlohn“ für Verkäufer/innen – tarifgebunden, nach vielen Berufsjahren und in Vollzeit! – liegt bei 2.200 Euro brutto im Monat. Die magische Grenze, bis zu der es im Alter, egal wie lange in die Rentenkasse eingezahlt wurde, sowieso nicht mehr als die Grundversicherung gibt, liegt bei einem Verdienst von ca. 2.500 Euro im Monat.

Dabei kann man mit Einzelhandel durchaus reich werden – man muss nur auf der richtigen Seite von Kapital bzw. Arbeit stehen: Die drei reichsten Deutschen des Jahres 2012 sind, wie das Magazin Forbes ermittelt hatte, allesamt Inhaber von Einzelhandels-Geschäften (Karl Albrecht, Berthold und Theo Albrecht jr., Michael Otto). Zusammen kommen diese drei auf ein Privatvermögen von mehr als 60 Milliarden US-Dollar.

Thomas Sielemann

Betriebsratsvorsitzender, Mitglied im ver.di-Fachbereichsvorstand Handel Berlin-Brandenburg

Auch in Spandau

Für den Beitritt Spandaus zum Klima-Bündnis der europäischen Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder

Die Bedeutung der Regenwälder für den Schutz von Atmosphäre und Weltklima ist wissenschaftlich unbestritten.

Weniger bekannt ist die Rolle der indigenen Völker, die in den Urwäldern seit Jahrtausenden leben. Sie haben Methoden entwickelt, die Wälder nachhaltig und ohne dauerhafte Zerstörung zu nutzen. Die Ausstellung „Amazonien – eine indianische Kulturlandschaft“ vermittelte vom 4. März bis 5. April im Spandauer Rathaus einen faszinierenden Eindruck. Mehr als 50 Exponate informierten über das indigene Wissen über Flora, Fauna und jahreszeitliche Abläufe in Amazonien. Präsentiert wurde die Ausstellung von der KlimaWerkstatt Spandau, der Initiative Klimagerechtigkeit Jetzt und dem Klimabündnis der europäischen Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder zum Erhalt der Erdatmosphäre e.V., an dem sich in Europa bereits 1600 Städte und

Gemeinden beteiligen, darunter auch Berlin.

Ecuadors Botschafter berichtete von der Initiative „Yasuni-ITT“

Ehregast bei der offiziellen Eröffnung am 14. März war der Botschaf-

ter der Republik Ecuador, S. E. Jorge Jurado. Er berichtete über die Selbstverpflichtung seines Landes, das Erdölfeld „ITT“ im Nationalpark Yasuni auf unbestimmte Zeit nicht auszu-beuten. Ecuador verzichtet damit auf geschätzte Einnahmen von 7,2 Mrd. US-Dollar. Durch das Nichtantasten des Erdöls wird der Ausstoß von bis zu 1,2 Mrd. Tonnen CO₂ verhindert.

Die Hälfte des Einnahmeausfalls von 3,6 Mrd. US-Dollar versucht Ecuador weltweit durch Geldgeber auszugleichen. Spenden werden seit 2010 in einen Treuhandfonds geleitet. Aus den Geldern werden Projekte erneuerbarer Energien in Ecuador finanziert. Das Klima-Bündnis hat die Initiative Ecuadors von Anfang an unterstützt. Der Nationalpark Yasuni gilt als einer der artenreichsten Orte der Erde. Das UNESCO Welt-Biosphärenreservat ist Heimat für mehr als 2.200 Baum- und Straucharten, fast 600 Vogel- und hunderte von Säugetier-, Fisch-, Amphibien- und Reptilienarten. Noch heute werden regelmäßig bislang unbekannt Insekten entdeckt.

GAL-Fraktion für Mitgliedschaft Spandaus im Klima-Bündnis

Für die Umsetzung der klimapolitischen Ziele Spandaus ist es sinnvoll, dass der Bezirk ein eigenständiges Mitglied des Klima-Bünd-

nisses wird. Das Netzwerk informiert über Aktivitäten der Mitglieder, unterstützt, steigert die internationale Bekanntheit durch die Präsentation erfolgreicher Aktionen und erleichtert den Zugang zu EU-Fördermitteln. Von der Mitgliedschaft Berlins hat Spandau nichts. Die Berliner SPD und ihre wechselnden Koalitionspartner im Senat haben die Chancen des Netzwerks nie in vollem Umfang begriffen. Besondere Aktivitäten sind auch jetzt nicht absehbar. Daher muss Spandau die eigenständige Mitgliedschaft anstreben.

Ausstellung verpasst?

Vom 9. April bis 5. Mai 2013 ist sie in Marzahn-Hellersdorf zu sehen: **Freizeitforum Marzahn, Marzahner Promenade 55, 12679 Berlin.**



Der Botschafter Ecuadors im Rathaus Spandau

Foto: Stachel

Wissen über Flora, Fauna und jahreszeitliche Abläufe in Amazonien. Präsentiert wurde die Ausstellung von der KlimaWerkstatt Spandau, der Initiative Klimagerechtigkeit Jetzt und dem Klimabündnis der europäischen Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder zum Erhalt der Erdatmosphäre e.V., an dem sich in Europa bereits 1600 Städte und

ter der Republik Ecuador, S. E. Jorge Jurado. Er berichtete über die Selbstverpflichtung seines Landes, das Erdölfeld „ITT“ im Nationalpark Yasuni auf unbestimmte Zeit nicht auszu-beuten. Ecuador verzichtet damit auf geschätzte Einnahmen von 7,2 Mrd. US-Dollar. Durch das Nichtantasten des Erdöls wird der Ausstoß von bis zu 1,2 Mrd. Tonnen CO₂ verhindert.

Impressum

Herausgeber: Verein zur Förderung alternativer Publizistik e.V.
V.i.S.d.P.: Ernst John
c/o Alternative Liste Spandau,
Stachelredaktion, Jagowstr. 15,
13585 Berlin,
Tel.: 335 97 14 Fax: 336 02 73
E-mail: ALSpandau@freenet.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder

Nur ohne Gorleben!

Oder: Warum das jetzt vereinbarte Endlagergesetz mehr schadet als nutzt ...

Aktueller Stand: Nach jahrzehntelanger Diskussion haben sich Spitzenvertreter von Bund und Ländern und damit Vertreter der Parteien CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne auf ein Verfahren für die Standort-suche nach einem Atommüll-Endlager verständigt. Gemäß der am 9.4.2013 erzielten Übereinkunft soll eine Expertenkommission eingesetzt werden und bis Ende 2015 Kriterien für die Auswahl eines Endlagers erarbeiten. Zuvor, möglichst noch in dieser Legislaturperiode, soll das entsprechende Gesetz verabschiedet werden. Die endgültige Entscheidung soll bis 2031 fallen. Der umstrittene Salzstock Gorleben in Niedersachsen bleibt ein möglicher Standort, muss aber zunächst keinen weiteren Atommüll aufnehmen. Auch wird die Forschung in Gorleben vorerst ausgesetzt.

Hintergrund:

1. Gorleben wird aus verschiedenen Gründen von fast allen Fachleuten als „**geologisch absolut ungeeignet**“ eingestuft, u.a. weil das eigentlich laut Vorgaben vorgesehene Deckgebirge fehlt.

2. Für das Projekt Gorleben sind von 1977 bis Ende 2009 Kosten in Höhe von rund 1,6 Mrd. Euro entstanden. Eine wirklich „weiße Karte“ hätte als Voraussetzung einen vollständigen Rückbau Gorlebens haben müssen.

3. Die neuen Kosten infolge der Bund-Länder-Einigung werden auf zwei Milliarden Euro geschätzt.

4. Nach dem jetzigen Kenntnisstand kann nicht ausgeschlossen werden, dass in Deutschland kein geeigneter Standort gefunden wird. Damit ist die Gefahr gegeben, dass die Wahl doch auf Gorleben fällt.

5. Selbst wenn es andere geeignete Standorte geben sollte, ist die Gefahr groß, dass versucht wird, die maßgebenden Kriterien abzuschwächen und an Gorleben anzupassen - wie dies in der Vergangenheit bereits geschah.

6. Positivster Teil der Einigung ist, dass keine weiteren Castoren mehr nach Gorleben gebracht werden sollen. Diese Vereinbarung steht jedoch unter dem Vorbehalt der Zustimmung der anderen Bundesländer.

7. Die Castoren sollen in Zwischenlager an den AKW-Standorten verbracht werden. Dafür existieren allerdings bisher keinerlei rechtliche Voraussetzungen! Im Gespräch dafür sind Brunsbüttel, Unterweser bzw. baden-württembergische AKWs.

Aktuelle Reaktionen:

- Jochen Stay²: „...das Ergebnis der heutigen Verhandlungen wird unweigerlich zu neuem Streit und Verzögerungen führen. ...Entgegen aller Beteuerungen behält der Standort Gorleben eine Sonderrolle im neuen Gesetz...“

- Die CDU in Baden-Württemberg hält allerdings eine ergebnis-offene Suche nach einem Atommüll-Endlager für einen Rückschritt. „Eigentlich waren wir schon weiter. Wir hatten Gorleben“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende im Stuttgarter Land-

1. **Erst** ein Gesetz zu verabschieden und **dann** eine Kommission einzusetzen (die dies bewerten soll), ist undemokratisch und macht wenig Sinn, falls die Politik wirklich eine Beteiligung aller Betroffenen erreichen will.

2. Die Entscheidung, wo der strahlende Abfall langfristig gelagert wird, fällt frühestens in 15 Jahren. Und dann stehen in Gorleben immer noch bereits verbaute 1,6 Mrd. Euro + x!

3. Die AKW-Betreiber versu-



Das sog. Erkundungsbergwerk in Gorleben

Foto: Archiv

tag, Peter Hauk, im Deutschlandradio Kultur.³

- Die Stadt Philippsburg will allerdings keinen fremden Atommüll im Zwischenlager akzeptieren. „Wir würden zivilen Ungehorsam leisten und dagegen auf die Straße gehen“, sagte Bürgermeister Stefan Martus (CDU) am Mittwoch der Nachrichtenagentur dpa. Eine Änderung der Genehmigung werde man nicht akzeptieren.⁴

- Die Atomindustrie wehrt sich gegen neue Kosten durch das Prüfen von Alternativen zum dortigen Salzstock. „Für die Übernahme zusätzlicher Kosten durch die Betreiber infolge alternativer Standorterkundungen vor einer abschließenden Bewertung zur Eignung Gorlebens gibt es nach unserer rechtlichen Auffassung keine Grundlage“, so der Lobbyverband Deutsches Atomforum Lobbyisten. Alle bisherigen wissenschaftlichen Ergebnisse sprächen nicht gegen diesen Salzstock.⁵

Bewertung:

Wir alle wissen heute, dass es unverantwortbar war, Tausenden von nachfolgenden Generationen gegenüber die Atomtechnologie zur Energiegewinnung einzuführen. Bis heute gibt es weltweit - nach 60 Jahren der Nutzung - kein einziges funktionierendes Endlager.

Zum aktuell vorgelegten Entwurf:

chen sich bzgl. der Kosten mit dem Hinweis auf die im „Schwarzbau Gorleben“ verbauten Milliarden „vom Acker zu machen“!

4. Die AKW-Betreiber können den Teilbeschluss, welcher weitere Castor-Transporte nach Gorleben verhindern soll, einfachst ausbremsen, indem sie keine Anträge für die Zwischenlagerung an ihren Standorten stellen.

Das jetzt vorgelegte Ergebnis ist zugegebenermaßen das beste, was Atomkritiker bisher erreicht haben. Allerdings hat auch diese Vereinbarung noch viele erkennbare Schwächen, die das auf den ersten Blick positive Ergebnis ganz schnell ins Gegenteil kippen können. Deshalb

gibt es noch keinen Grund zum Feiern, Nachbesserungen müssen zumindest versucht werden. Wenn dies nicht gelingt, bedeutet es, jahrelang die Prozesse mit äußerster Aufmerksamkeit zu verfolgen und zu begleiten und gegebenenfalls einzugreifen! Wie dies allerdings funktionieren soll, wenn die Grünen innerhalb des Prozesses irgendwann einmal **nicht**

liegt sein sollten (was ja so unwahrscheinlich auch wieder nicht ist) bleibt völlig offen. Einer schwarz/gelb/roten Mehrheit in Bundestag und Bundesrat ist mit dieser Absprache Tür und Tor geöffnet, letztlich doch Gorleben durchzusetzen.

Fazit:

Weil Gorleben immer noch im Verfahren ist und eben - wie gezeigt - mit einiger Wahrscheinlich nicht sicher abgeschlossen werden wird, lehne ich, wie weite Teile der Anti-AKW-Initiativen diese Einigung ab. 18 weitere Jahre des Wartens, Bangens und Fürchtens ist den Menschen im Wendland nach 40 Jahren Lug und Trug, Polizeieinsätzen, Gesundheitsgefährdung und zeitweisen bürgerkriegsähnlichen Zuständen, ausgelöst durch die einsame Entscheidung eines CDU-Kanzlers und eines CDU-Ministerpräsidenten, die der DDR für deren Lager in Morsleben eines auswischen wollten und gemeint haben, die „tumben Bauern“ über den Tisch ziehen zu können, nicht länger zumutbar. Und daher sehe ich eine grüne Zustimmung zu dem sich jetzt abzeichnenden Gesetz als schweren Fehler an, einen der schwersten in ihrer Geschichte, denn damit werden sie die Mitglieder der Anti-AKW-Bewegung endgültig verlieren.

Karl-W. Koch

Bündnis 90 / Die Grünen

www.stoerfall-atomkraft.de

(hier finden Sie auch eine etwas ausführlichere Version des Textes)

1 <http://www.bmu.de/themen/atomenergie-strahlenschutz/atomenergie-ver-und-entsorgung/endlagerung/allgemeines/>

2 Sprecher der Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“

3 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/atommuell-endlager-suedwest-cdu-will-an-gorleben-festhalten-a-893272.html#ref=rss>

4 <http://www.greenpeace-magazin.de/tagesthemen/einzelansicht/artikel/2013/04/10/philippsburg-kuendigt-zivilen-ungehorsam-gegen-fremden-atommuell-an/>

5 <http://www.tagesschau.de/inland/endlagersuchgesetz106.html>



Protest im Wendland

Foto: Archiv

Umgestaltung Eiswerders hat ohne Bürger/innen-Beteiligung begonnen

Am 23. und 24. März 2013 wurde das Bild Eiswerders gründlich verändert. Wer die Insel von der Neuendorfer Straße kommend über die Eiswerderbrücke betritt, sieht jetzt an der Kurve eine große brachliegende Fläche. Kleingärten, eine Kfz-Werkstatt und ein historischer Ziegelbau fielen der Abrissbirne ebenso zum Opfer wie zahlreiche, ganz offenbar gesunde Bäume. Der Umbau der Insel hat begonnen. Dabei wirft die geplante Umgestaltung von Teilen Eiswerders in eine so genannte „Insel der schönen Dinge“ zahlreiche Fragen auf.

Bürger/innen bleiben bei Planungen außen vor

Weder die Spandauerinnen und Spandauer noch die gewählten BVV-Verordneten wurden über die Planungen informiert,

geschweige denn einbezogen. Erst der Bericht in einer Auto-Fachzeitschrift machte das Vorhaben öffentlich. Unabhängig von der künftigen Nutzung sowie den Kapitalgeber/innen ist die Umwandlung eines attraktiven Herzstückes des Bezirks ohne umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger nicht akzeptabel.

Die Antworten des zuständigen CDU-Bezirksstadtrates auf eine Dringlichkeitsanfrage der GAL-Fraktion in der Sitzung der BVV am 27. Februar 2013 bestätigen die Skepsis an dem Projekt, die u. a. in zahlrei-

chen Internetforen geäußert wird. Nach Auskunft des zuständigen Bezirksstadtrates erfuhr er in einem vertraulichen Gespräch am 14. Februar von dem Vorhaben und nahm lediglich als Gast an der öffentlichen Präsentation am 21. Februar teil. Diese Aussage ist zu hinterfragen. Denn zumindest für die Baum-

der Planungen wie die Marina, „noch nicht spruchreif“ seien. Hier muss geprüft werden, inwieweit eine Marina mit dem geltenden Bebauungsplan zu vereinbaren ist.

Verkehrsanbindung wirft zusätzliche Fragen auf

Die Einschätzung des zuständigen Stadtrats, dass das künftige Verkehrs-



Gefällte Bäume auf Eiswerder

Foto: Stachel

füllungen auf dem Gelände hinter der Eiswerderbrücke waren Genehmigungen erforderlich. Wann wurden diese Anträge gestellt und genehmigt?

Es ist für die GAL-Fraktion nicht nachvollziehbar, auf welcher Grundlage der Bezirksstadtrat das Projekt nur zwei Wochen nach der Vorabinformation und nur eine Woche nach der Veröffentlichung bereits als „absoluten Glücksfall für Spandau“ einschätzt. Absehbare Verkehrsprobleme, die mit seiner Vision einer „touristischen Attraktion für die Hauptstadtregion“ verbunden sind, negierte er. Zudem gestand er ein, dass Teile

aufkommen unproblematisch sei, wird von der GAL-Fraktion nicht geteilt. Die Anlieferung von Baumaterial zur Errichtung von Wohnungen und einem Hotel kann nur über die Havel oder die beiden Brücken erfolgen. Doch für die zweispurige Eiswerderbrücke gelten Höhen- und Gewichtsbeschränkungen. Die nur einspurig befahrbare kleine Eiswerderbrücke in Richtung Daumstraße steht darüber hinaus unter Denkmalschutz. Über die Folgen für das Bauwerk durch regelmäßigen Schwerlastverkehr, Baufahrzeuge usw. wurden vom Bezirksamt keine

Fraktionen die Einführung von Tempo 30. Anders als in der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Verkehr am 19. Februar 2013 stimmte die GAL jedoch gegen den ersten Antrag. Wie kam es zu dieser Neubewertung?

Die Beschlussempfehlung zur Forderung von Tempo 30 vor der Kita wurde während der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Verkehr in so genannter „Eigenbefassung“ getroffen. Hierzu müssen alle Ausschussmitglieder zustimmen. Die CDU-Fraktion forderte als Gegenleistung die Zustimmung zu ihrem Antrag, Am Kiesteich die Regelgeschwindigkeit von Tempo 50 wieder einzuführen. Diesem von den einen als „Kompromiss“, von der GAL-Fraktion als „Kuhhandel“ bezeichneten Verfahren stimmte die GAL-Fraktion im Ausschuss angesichts der regelmäßig überlangen

Fortsetzung auf Seite 5

Im Temporausch vereint: CDU, SPD und Piraten fordern Tempo 50 am Kiesteich



Straße Am Kiesteich

Foto: Stachel

Die GAL-Fraktion hat dem zweiten Antrag zugestimmt. Vor allen Schulen und Kitas fordert die GAL-

Fortsetzung von Seite 4

Tagesordnung und dem damit verbundenen Zeitdruck nach Sitzungsunterbrechungen zu.

Eine erneute Ortsbesichtigung machte allerdings eine Neubewertung unumgänglich. Der bestehende Lärmschutz für einen großen Teil der Anwohner/innen würde durch die Aufhebung von Tempo 30 entfallen, insbesondere zwischen Seegfelder Straße und Spektebrücke.

Daher stimmte die GAL-Fraktion in der BVV gegen den Antrag. Einen sachlichen Grund für die Eigenbefassung des Ausschusses und die damit verbundene Eile gab es nicht. Auch ein regulärer Antrag zur Einrichtung von Tempo 30 vor der Kita wäre ebenfalls in der März-BVV behandelt und möglicherweise beschlossen worden.

Vertreter/innen der anderen Fraktionen kritisierten die GAL-Fraktion für ihre Neubewertung der Sachlage. Die CDU bezeichnete die GAL u. a. als „nicht vertrauenswürdig“. Die Piraten warfen der GAL vor, die Interessen von Hauseigentümern zu schützen. Mit diesen Vorwürfen kann die GAL-Fraktion gelassen umgehen: Lärmschutzgesetze gelten für alle Bürger/innen, unabhängig davon, ob es sich um Grundbesitzer/innen handelt oder nicht und ob die Anordnung von Anwohner/innen juristisch erstritten werden musste.

Trotz einer großen Mehrheit von CDU, SPD und Piraten dürfte der Antrag für Tempo 50 folgenlos bleiben. Die Verkehrslenkung Berlin als zuständige Behörde wird aufgrund gesetzlicher Lärmschutzgesetze dem Wunsch der BVV nicht folgen.

Die Bezirksverordneten der GAL
erreichen Sie über die
Alternative Liste Spandau

KV von Bündnis 90/Die Grünen
Mo - Fr 13:00 - 14:00h
und nach Vereinbarung
Jagowstr. 15, 13585 Berlin
Tel.: 335 97 14
Fax: 336 02 73
E-Mail: ALSpandau@freenet.de

Honorarkräfte der Musikschule verdienen anständige Arbeitsverhältnisse

Wie arbeitnehmer/innenfeindlich der Berliner Senat ist, zeigt sich in diesen Tagen beim Umgang mit den Honorarkräften an den Berliner Musikschulen. Die bestehenden Verträge werden nach Vorgaben der SPD-geführten Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft gekündigt. Stattdessen sollen die Musikschullehrerinnen und -lehrer neue Honorarverträge unterzeichnen. Grund für die Erarbeitung der neuen Honorarverträge war die Einschätzung der Deutschen Rentenversicherung, dass bei den bestehenden Verträgen der Tatbestand der Scheinselbstständigkeit erfüllt sein kann.

Gegen die neuen Verträge laufen die Landes-Lehrerververtretung der Berliner Musikschulen e.V. und natürlich auch die Lehrerververtretung Spandau Sturm. Trotz einer Anhebung der Stundensätze führt ein neues Abrechnungsverfahren zu Einkommensverlusten. Davon sind insbesondere die hauptberuflich tätigen Honorarkräfte betroffen – rund 1.800 Personen berlinweit. In Spandau handelt es sich um etwa 120 Honorarkräfte. Die neue Einzeltundenabrechnung und die deutlich spätere Umsetzung der für den Öffentlichen Dienst vereinbarten Tarifierhöhungen sind nur einige der Kritikpunkte. Eine ausreichende Honorarfortzahlung im Krankheitsfall oder der Mutterschutz ist in den neuen Verträgen nicht vorgesehen.

Fast ausschließlich Honorarkräfte an Berliner Musikschulen

In Berlin arbeiten über 90 % der Musikschullehrerinnen und -lehrer als Honorarkräfte. Das durchschnitt-

liche monatliche Bruttoeinkommen lag 2012 nach Auskunft der Gewerkschaft Verdi bei 1.044 Euro. Innerhalb von 5 Jahren ist das Durchschnittseinkommen um 16 % gesunken. Mit den neuen Verträgen wird dieser Trend fortgesetzt. Bei einer Veranstaltung von Gewerkschafts-Grün Berlin & Brandenburg am 14. März 2013 zu den prekären Beschäftigungsverhältnissen im Berliner Bildungswesen wurde darüber hinaus auf die drohende Altersarmut der Honorarkräfte hingewiesen. Hinzu-



Die Musikschule Spandau in der Moritzstr.

Foto: Stachel

kommt die ständige Unsicherheit: Da die Personalräte für die freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht zuständig sind, fehlt die gesetzliche Grundlage für eine Interessenvertretung. Die Musikschullehrer/innen-Vertretungen auf Bezirks- und Landesebene müssen daher bei Entscheidungen nicht eingebunden werden.

SPD-Senatorin missachtet SPD-Parteitagbeschluss

Selbst die SPD-Parteibasis ist über die drastische Verschlechterung ohnehin prekärer Beschäftigungsverhältnisse durch Senatorin Sandra Scheeres (SPD) offenbar nicht glücklich. Auf einem Landesparteitag der Berliner SPD am 9. Juni 2012 wurden die SPD-Senatsmitglieder in ei-

nem Beschluss dazu aufgefordert, sich für faire Arbeitsbedingungen an den Berliner Musikschulen einzusetzen und gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern der Musikschulen eine einvernehmliche Vertragslösung auszuhandeln. Dies ist nicht geschehen.

Umsetzung des „Masterplans Musikschule“ wäre die Lösung

Die Bildungssenatorin fördert mit den neuen Honorarverträgen unsichere Beschäftigungsverhältnisse und Altersarmut. Niemand kann sich bei monatlich 1.000 Euro brutto finanzielle Altersvorsorge leisten. Die neuen Verträge sind unanständig und müssen zurückgenommen werden. Damit die Zukunft der bezirklichen Musikschulen langfristig gesichert wird, muss die Senatorin einen ganz anderen Weg einschlagen und sich an den vom Landesmusikrat Berlin erarbeiteten „Masterplan Musikschule“ orientieren.

Dieser sieht unter anderem vor, dass 80 % der Musikschullehrerinnen und -lehrer fest anzustellen sind. Nur so wird verhindert, dass die wichtige Arbeit an den Musikschulen zum sicheren Schritt in die Armutsfalle wird.

Der Masterplan sieht darüber hinaus eine bessere Personalausstattung der Musikschulverwaltung vor. Die ist dringend erforderlich. Denn mit dem neuen Einzeltunden-Abrechnungsverfahren wird sich der Verwaltungsaufwand drastisch erhöhen. Ein finanzieller oder personeller Ausgleich ist für die bezirklichen Musikschulen jedoch nicht vorgesehen. Sie müssen zusehen, wie sie die Mehrarbeit allein bewältigen.



Hier kocht nur noch die Wut!

Foto: Stachel

Wir zahlen den Gewinn Trotz sinkender Stromeinkaufskosten erhöhen viele Firmen die Preise für die Verbraucher

Derzeit wird beim Thema Strompreis nur darüber geredet, wie teuer die Energiewende ist.

Eine neue Studie im Auftrag von Agora Energiewende weist nun nach, dass die deutschen Stromversorger ihre Gewinne zwischen 2009 und 2013 um bis zu 75 Prozent steigern konnten.

Als wesentliche Ursache sehen die Gutachter die gesunkenen Ein-

kaufskosten für Elektrizität an der Strombörse an. Diese sind auch Dank der erneuerbaren Energien im Vergleich zu den Spitzenwerten seit 2008 um bis zu 8 Cent auf 6 Cent pro Kilowattstunde (kWh) zurückgegangen.

An ihre Privatkunden wurde dieser erhebliche Kostenvorteil aber kaum weitergegeben.

Daher konnten die Unterneh-

men die erhobenen Preiserhöhungen als zusätzlichen Profit verbuchen. Die Verbraucher überwiesen den Firmen im Vergleich zu 2009 jährlich immerhin 400 Millionen Euro mehr als vorher.

Gewinne für die Aktionäre

Diese Beträge könnten für den notwendigen Netzausbau oder der Energiewende eingesetzt werden.

Da Gewinne allerdings den Aktionären oder sonstigen Eigentümern der Stromversorger zugute kommen, werden diese Kosten aber lieber zusätzlich erhoben.

Spandau und die Straßenbahn

Geschichte und Zukunft?



Bald auch wieder in Spandau?

Foto: Stachel

Aus der Presse konnte man es entnehmen: Es gibt bürgerliches Interesse an einem Straßenbahnbetrieb in Spandau. Nur rechnet sich eine Insellösung wie die Forderung der hierfür gegründeten Bürgerinitiative?

Zur Geschichte:

„Die Elektrische Straßenbahn Spandau–Nonnendamm (SpN) war ein zwischen 1909 und 1914 bestehendes Straßenbahnunternehmen, das aus einer 1908 von Siemens & Halske errichteten Straßenbahnlinie hervorging. Drei Monate nach ihrer Gründung erwarb die damals selbstständige Stadt Spandau alle Anteile an der Bahn, deren Betriebsführung im Folgejahr von der Städtischen Straßenbahn Spandau übernommen wurde. Mit der Löschung der Nonnendambahn aus dem Handelsregister im Jahr 1914 erfolgte die vollständige Eingliederung in die

Spandauer Straßenbahn.

Die Strecke war zur Eröffnung etwa 5,3 Kilometer lang und überwiegend eingleisig. Sie führte von der Kreuzung Breite Straße Ecke Havelstraße in der Spandauer Altstadt über die Berliner Chaussee (heute: Am Juliusturm), Gartenfelder Straße, Schwarzer Weg (heute: Paulsternstraße) und Nonnendamm (heute: Nonnendammallee) zur Ecke Reistraße, wo sich eine Kehranlage befand. Das Gleis befand sich in Straßenmitte oder sofern vorhanden, auf dem Mittelstreifen. Im Schwarzen Weg war es seitlich der Fahrbahn angeordnet.

Die von der Nonnendambahn betriebene Strecke zwischen der Spandauer Altstadt und Siemensstadt wurde zuletzt von der Linie 55 der Berliner Straßenbahn befahren, die die Berliner Verkehrsbetriebe am 2. Oktober 1967 als letzte Straßen-

bahnlinie West-Berlins einstellten.“ (Wikipedia)

Schon damals war der Tram/Straßenbahnbetrieb in Spandau eine Insellösung. Die Fahrgastzahlen im ÖPNV stiegen in den vergangenen Jahren deutlich an. Die Buslinien in Spandau, wie der 136er und 236er oder auch der M45, sind zum Nachmittag, zum Schulschluss, komplett überlastet und Fahrgäste müssen vor dem Bus an den Haltestellen stehen bleiben und können wegen Überfüllung nicht mehr befördert werden. Fahrgäste nach Hennigsdorf können nicht mehr im Bus befördert werden und müssen teilweise bis zu 30 Minuten warten bis der nächste Bus der Linie 136 nach Hennigsdorf kommt. Das fördert den Frust auf den Öffentlichen Personen-Nahverkehr und ist sicherlich keine gute Werbung für die BVG und den Umstieg vom PKW auf den Bus.

Das ist ein unhaltbarer Zustand findet die Alternative Liste Spandau.

Aber mehr Busse bedeutet auch mehr Personal, mehr Fahrzeuge und somit mehr Kosten für den Betrieb der Linie.

Wesentlich mehr kostet auch der Kraftstoff für die Fahrzeugflotte als in der vergangenen Jahren. Abgesehen von dem Schadstoffausstoß wäre allerdings ein elektrisch betriebenes Fahrzeug wesentlich umweltfreundlicher und kostengünstiger im Betrieb.

Auch die Bürgerinitiative Spandauer Tram stellt hierzu auf ihrer Webseite fest:

„Zwei Gutachten, eines von BVG, ei-

nes vom Deutschen Bahnkundenverband (Kochsiek-Gutachten) sagen aus, Spandau ist straßenbahnwürdig. Festgestellt wird darin, dass bei 10 Prozent höheren Betriebskosten ggü. dem Bus die Fahrgastzahlen verdoppelt werden können. Straßenbahnzüge können bis 75 Meter lang sein (=vier Gelenkbus bzw. Doppeldecker) bei gleicher Taktfrequenz. Üblich sind aber 30 bis 40 Meter lange Züge. Eine Straßenbahn in Spandau wäre am Ende kostengünstiger und attraktiver als das derzeitige Bussystem.“

Eine Tram würde sich rechnen und Spandau bräuchte die Entlastung des ÖPNVs dringend. Und eine eventuelle Anbindung an das jetzt bestehende Netz in Wedding oder an anderen Stellen mit dem ehemaligen Ost-Berliner Netz, dem spricht nichts entgegen.

Auch ist abzusehen, dass der Öffentliche Personen-Nahverkehr auch weiterhin deutliche Zuwachsraten haben wird. Alleine im Vergleich zum Vorjahr haben 2012, laut Statistischem Bundesamt in Wiesbaden, 0,7 Prozent mehr Fahrgäste den Bus oder die Bahn benutzt. Damit stiegen die Fahrgastzahlen in Deutschland auf über 11 Milliarden Fahrgäste an. Damit nutzten durchschnittlich rund 30 Millionen Fahrgäste pro Tag die Angebote im Linienverkehr.

Ein Rekord!

Ein Rekord, den man im Spandauer ÖPNV mit überfüllten und verspäteten Bussen täglich zu spüren bekommt.

Deshalb fordert die Alternative Liste Spandau deutliche Verbesserungen im Spandauer ÖPNV von der BVG und schließt sich den Forderungen der Bürgerinitiative zum Aufbau eines Straßenbahnnetzes in Spandau an.

Berlins Energieversorgung gehört in die Hand der Berlinerinnen

Um die Energiewende ist es in Berlin nicht gut bestellt. Der Ausbau erneuerbarer Energien kommt nicht voran, die Potentiale bleiben ungenutzt und nirgends ist man unzufriedener mit der Landespolitik als in Berlin. All dies stellte eine Studie der Agentur für Erneuerbare Energien kürzlich wieder fest. Doch auch wenn sich die Ausgangslage alles andere als gut darstellt, ist jetzt der geeignete Zeitpunkt aktiv zu werden. Der 2014 auslaufende Konzessionsvertrag der Stromnetze bietet die Möglichkeit die zukünftige Energieversorgung dieser Stadt neu zu gestalten. Verstreicht dieses Zeitfenster, ist über Jahre eine große Chance vertan. Der Berliner Energietisch nimmt sich seit eineinhalb Jahren dieses Themas an und löst damit eine breite öffentliche Diskussion aus.



Berlin braucht aber mehr als nur eine Debatte, Berlin braucht vor allem Lösungen. Da vom rot-schwar-

zen Senat diese nicht zu erwarten sind, ist der Energietisch selbst aktiv geworden. Im März 2012 wurde das

Volksbegehren „Neue Energie für Berlin“ gestartet. Mit seinem Gesetzentwurf bietet der Energietisch konkrete Vorschläge an. Er fordert das Land Berlin auf, wieder Verantwortung bei der Daseinsvorsorge zu übernehmen und die Energiewende vor Ort aktiv mitzugestalten. Dazu sind die richtigen Werkzeuge in Form von Stadtwerken und Netzbetreiber nötig. Beiden Gesellschaften setzt der Energietisch klare Leitplanken: demokratisch, ökologisch und sozial. Denn die neuen Stadtwerke sollen mehr sein als ein weiterer Stromanbieter auf dem Markt. Konsequenter wird bei der Produktion auf dezentrale erneuerbare Energien gesetzt. Dabei sollen zunächst die Potentiale in Berlin genutzt werden. Hierzu müssen die Stromnetze entsprechend fit und intelligent gemacht werden. Darum ist auch der direkte Zugriff auf das Stromnetz so wichtig. Langfristig wird eine 100 Prozent Erneuerbare Versorgung Berlins nur zusammen mit

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

dem Land Brandenburg realisierbar sein. Dabei ist eine Partnerschaft auf Augenhöhe selbstverständlich. Partnerschaftlich soll auch das Verhältnis zu den BürgerInnen sein, die vor Ort mit eigenen Erneuerbaren Anlagen z.B. als Energiegenossenschaften mit zu diesem Ziel beitragen wollen. Die Energiewende wird aber erst komplett, wenn auch ihre sozialen Aspekte mit berücksichtigt werden. Energiearmut ist gerade in Berlin ein großes Thema, dem sich die öffentliche Hand annehmen muss. Auch hier zeigen Beispiele aus anderen Kommunen, wie man mit eigenen Stadtwerken eine aktive Rolle einnehmen kann. Durch eine gezielte Beratung kann z. B. die Energierechnung gesenkt werden. Auch die sozialen Auswirkungen einer energetischen Gebäudesanierung sind ein Thema, dessen sich ein lokaler Energieversorger annehmen muss. Damit aber die neuen Stadtwerke nicht irgendein berlineigener Betrieb werden, sondern vielmehr von uns als unsere Stadtwerke verstanden werden, ist es nötig diese nicht nur auf den Weg zu bringen sondern deren Geschäftspolitik ständig mit beeinflussen zu können. Dementsprechend fordert der Berliner Energietisch eine umfangreiche Bürgerbeteiligung im Sinne einer echten demokratischen Kontrolle und einer weitestgehenden Transparenz. Hierfür ist unsere Gesellschaft reif genug auch hier Verantwortung zu übernehmen. So bleibt auch der Gedanke von „Energie in Bürgerhand“ erhalten. Diese Ziele lassen sich mit den derzeitigen politischen Machtverhältnissen so nicht umsetzen. Die Vorschläge der Regierungskoalition bleiben im konkreten weit hinter den Vorstellungen des Energietisches zurück. Deshalb führt der Energietisch sein Volksbegehren fort. Seit dem 11. Februar ist die zweite Stufe in vollem Gange. Bis zum 10. Juni müssen 200.000 Unterschriften gesammelt werden. Nach dem ersten Monat sind die Zwischenergebnisse vielversprechend: Etwa 20.000 Unterschriften wurden trotz Schnee und Kälte gesammelt. Damit steht das Energievolksbegehren auch im Vergleich mit anderen Berliner Volksbegehren zum gleichen Zeitpunkt sehr gut da. So hatte der Berliner Wassertisch zum gleichen Zeitraum 13.800 Unterschriften verbucht. Um am Schluss erfolgreich zu sein, muß das Bündnis jedoch noch deutlich zulegen. Doch die Resonanz auf der Straße ist weiterhin positiv. Die Initiatoren sind deswegen zuversichtlich, dass alle BerlinerInnen zur Bundestagswahl in einem Volksentscheid abstimmen können, ob sie die Energieversorgung Berlins in ihrem Sinne verändern wollen.

Dr. Taschner

Schallschutz für Tegel-Betroffene jetzt!

Das Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm muss für alle gelten!

Mit der Berufung Hartmut Mehdorns zum neuen Berliner Flughafen-Chef sind die Phantasien für einen möglicherweise dauerhaften Weiterbetrieb des Flughafens Tegel in eine neue Runde gegangen. Kaum im Amt, brachte er den Vorschlag ins Gespräch. Dankbar aufgegriffen wurde der Vorstoß von Bundestagsabgeordneten der „FDP“. Sie beauftragten den wissenschaftlichen Dienst des Bundestages, ein Gutach-

*Wird hier jemals Ruhe einkehren?**Foto: Matti Blume*

ten zum möglichen Weiterbetrieb zu erstellen. Das Ergebnis wurde Anfang April veröffentlicht: Die Juristinnen und Juristen des Bundestages halten einen Weiterbetrieb Tegels für möglich und regten ein sechsmonatiges Moratorium an.

Unabhängig vom Ausgang dieser Gedankenspiele müssen sich die Anwohnerinnen und Anwohner Tegels wohl noch auf viele Jahre einstellen, in denen sie unter dem ständig zunehmenden Fluglärm zu leiden haben. Am 31. März trat der Sommerflugplan 2013 in Kraft. Der Großteil der neuen Verbindungen wird, wenig überraschend, vom vollkommen überlasteten Flughafen Tegel abgewickelt. Neu im Programm sind z. B. direkte Flüge nach Chicago, Warschau, Florenz, Oslo oder Athen. Darüber ist der neue Flughafenchef glücklich: Es freue ihn besonders, dass nun elf Langstrecken ab Berlin bedient werden, so das Zitat Hartmut Mehdorns in einer Presseinformation.

Die Zahl der An- und Abflüge steigt also weiter. Im Januar und Februar 2013 wurden fast 500 Flugbewegungen mehr gezählt als im Vorjahreszeitraum. Im Februar 2013 waren es genau 12.081 oder 431 am Tag oder 61 pro Stunde im Zeitraum zwischen 6 und 23 Uhr. Das heißt: Jede Minute startet oder landet in Tegel eine Maschine. Da sich die Berliner Regierungsparteien SPD

und CDU bedenken- und gedankenlos für eine die Förderung des Flugverkehrs einsetzen, ist mit einer weiteren Verschärfung zu rechnen.

21.000 neue Hotelbetten bis 2014

Die Weltstadt-Phantasien des Berliner Senats lassen noch viel Raum für weitere Kapazitäten. Zwar wurden 2013 so viele Übernachtungen in Berlin wie noch nie registriert, doch liegt man noch weit hinter

hafenbetreiber erstattet zu bekommen.

Lediglich ein kleiner Teil der in den Flugschneisen liegenden Wohngebiete wurde in der Vergangenheit mit schalldichten Fenstern ausgestattet. Die Spandauer Neustadt sowie die in den 1990er Jahren errichteten Wohnhäuser der Wasserstadt verfügen über keinerlei Schallschutz. Forderungen nach finanzieller Unterstützung wurden in der Vergangenheit immer wieder mit Hinweis auf die angeblich kurz bevorstehende Schließung Tegels abgelehnt.

Angesichts der Äußerungen Hartmut Mehdorns sowie den Kapazitätsproblemen am neuen Flughafen ist nicht mehr auszuschließen, dass Tegel offen bleibt. Und selbst wenn, bleibt Tegel noch mehrere Jahre lang erhalten.

Daher fordert die GAL-Fraktion in der BVV Spandau, dass das geltende Gesetz umgehend auch den Betroffenen in Spandau, Reinickendorf, Mitte und Pankow zugute kommt.

Die in den Flugschneisen lebenden Tegel-Betroffenen haben mit Fug und Recht die Nase voll. Während rund um den neuen Flughafen BER mehrere hundert Millionen Euro für den Schallschutz eingesetzt wurden, gehen sie leer aus. Die Verbitterung über diese Ungleichbehandlung ist groß.

Petition eingereicht

Mehr als 1.300 Bürgerinnen und Bürger haben in den letzten Monaten eine Petition der Alternativen Liste Spandau, Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen, unterschrieben, in der ein Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr sowie eine Verringerung der Flugbewegungen auf die tatsächliche Kapazität Tegels gefordert wurde. Die Unterschriftenlisten wurden dem Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, Michael Müller (SPD), per Post überreicht. Er hat darauf nicht reagiert.

*Logo der Online-Petition der AL*

Paris, London oder New York. Auch die neuen Hotelzimmer möchten gefüllt sein. In den kommenden beiden Jahren sollen in Berlin nach Auskunft des Senats 45 neue Hotels mit über 21.000 Betten entstehen. Bei einem aktuellen Auslastungsgrad von knapp 75 Prozent lässt sich mit wenig Aufwand ausrechnen, wie viele zusätzliche Flugbewegungen auf Tegel zukommen. Initiativen des Senats zur Verlagerung von An- und Abreisen auf die Schiene gibt es nicht.

Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm endlich in Tegel anwenden

Die GAL-Fraktion in der BVV Spandau fordert den Berliner Senat auf, das Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm endlich auch am Flughafen Tegel anzuwenden. Bis heute gelten für Tegel lediglich

Regelungen eines Fluglärmsgesetzes aus den 1970er Jahren. Das sehr viel weitergehende Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm in der Neufassung vom 31.10.2007 wird nicht angewendet, da zum Zeitpunkt der Verabschiedung die Schließung Tegels bereits geplant war. Nur mit der Ausweitung auf Tegel erhalten die vom Fluglärm Betroffenen das Recht, Kosten für Schallschutzmaßnahmen vom Flug-

Daher wird die GAL-Fraktion einen entsprechenden Antrag in die kommende reguläre BVV-Sitzung im Mai einbringen. Das Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm muss für alle gelten.

Nazi-Mordserie aufklären!

Grüne fordern: Konsequenzen aus dem Versagen der Sicherheitsbehörden ziehen, die rechten Berliner V-Leute abzuschalten und das Aktenschreddern des Verfassungsschutzes zu ahnden

Der Deutsche Bundestag hat auf Antrag der Abgeordneten aller fünf Fraktionen am 26. Januar 2012 einen Untersuchungsausschuss zur Neonazi-Mordserie eingesetzt (PUA). Das Gremium soll einen Beitrag zur gründlichen und zügigen Aufklärung der Taten der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ leisten. Zudem sollen Schlussfolgerungen für Struktur, Zusammenarbeit, Befugnisse und Qualifizierung der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden und für eine effektive Bekämpfung des Rechtsextremismus gezogen und Empfehlungen ausgesprochen werden.

Diesem Gremium gehöre ich an. Nach über einem Jahr Tätigkeit ist Zeit für eine kurze Zwischenbilanz, zumal bis zum Ende dieser Wahlperiode nur noch wenige Monate bleiben, um die Fülle noch offener Fragen aufzuklären. Eigentlich müsste der Ausschuss in der kommenden Wahlperiode fortgesetzt werden, und weitere Landtage (außer bisher Thüringen, Sachsen und Bayern) hätten Anlass, mit eigenen Untersuchungsausschüssen dortiges Wirken des NSU nebst Nazi-Umfeld sowie Versagen von Sicherheitsbehörden intensiver aufzuklären.

Geheimdienst wollte Nazi-Untergrund nicht wahrhaben

Fast 14 Jahre blieb das Trio des „Nationalsozialistischen Untergrund“ unentdeckt. Sie raubten, mordeten, bombten quer durch Deutschland und bastelten an dem Bekennervideo. Nachdem sie aufgefliegen waren, hieß es, Spuren und Hinweise, dass die Untergetauchten mit den Verbrechen zu tun hatten, habe es nicht gegeben. Inzwischen wissen wir, das dies nicht stimmt. Die Untersuchungsausschüsse und findige Journalisten haben geklärt: Die Akten von Polizei und Geheimdiensten sind voll von verschiedenen Spuren mit Hinweisen auf das Trio.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterstützte das Thüringer Verfassungsschutzamt mit drei Operationen bei der Durchdringung und Aufklärung des rechtsextremen rassistischen „Thüringer Heimatschutz“. Der war bis zum Untertauchen 1998 die politische Heimat des Trios. Die bekannteste Operation war die „Operation Rennsteig“ von 1998 bis 2003. Dutzende Personen aus dem

Kameradenkreis wurden abgeklärt und acht als V-Leute geworben. Es kamen über vierzig Leitzordner mit Erkenntnissen zusammen.

Unbeachtete Spuren

Als das Trio dann 1998 untertauchte, beteiligten sich die Geheimdienste jahrelang an der Suche nach ihnen. Fünf Jahre lang sammelten sie Infos. Sie kannten deren Gesinnung. Sie kannten ihre antisemitischen und rassistischen Umtriebe. Das Trio



Das durch die Explosion beschädigte Haus in Zwickau

Foto: aka

wurde wegen der Herstellung von Sprengbomben gesucht. Es halte sich weiter in der Heimat auf, sei in Geldnot und verlange nach Waffen, hieß es aus der Szene. Und dann: Die Untergetauchten brauchten plötzlich keine Geldspenden mehr. Warum wohl? Gleichzeitig wurden 1999/2000 in Chemnitz drei Banken von unbekanntem Tätern auf Fahrrädern ausgeraubt. Größe, Statur und Gang entsprachen denen der Untergetauchten. Bis 2011 gab es 14 unaufgeklärte Banküberfälle in den Ostbundesländern. Gleichwohl soll keiner der in Thüringen und Sachsen mit der rassistischen Szene befassten Beamten auf das Trio gekommen sein.

2000 wurde im nahen Nürnberg ein erster Geschäftsmann türkischer Herkunft ermordet. Bis 2006 kam es zu acht weiteren Morden an Migranten in Nürnberg und anderen deutschen Städten. Das Trio war immer noch nicht entdeckt. Angeblich hatte niemand einen Verdacht, obwohl die Behörden in Bayern ein Fahndungssuchen nach dem Trio wegen Sprengstoffdelikten aus Thüringen erhalten hatten.

2006 erstellte ein Polizei-Profilierer ein Profil, nach dem die Mörder der neun Migranten aus Fremdenhass handelten, aus der rechten Szene ka-

men und Vorkenntnisse zu Waffen und Sprengstoffen hatten. Dennoch stellte wieder niemand den Zusammenhang zu den Nazis im Untergrund her, obwohl deren Namen auch in den eigenen Akten über Nazi-Treffen in Bayern zu finden waren. Die Spur blieb unbeachtet.

Als 2004 in Köln bei dem Nagelbombenanschlag Migranten zum Teil schwer verletzt wurden, ermittelte das Bundesamt für Verfassungsschutz

auch gegen die rechte Szene. Die Nagelbombe glich denen, die in London bei Anschlägen von Rassisten benutzt wurden. Aber im Geheimdienst kam niemand auf die Idee, in den eigenen Akten zurückzublättern und die eigenen Informationen aus Thüringen auf Bezug zu Sprengstoff hin auszuwerten. Sonst wäre man auf das Nazi-Trio und die frappierende Ähnlichkeit der beiden Uwes mit Videoaufnahmen gestoßen, die von den Tätern am Tatort gemacht wurden. Aber die Täter waren zum Tatort in Köln mit Fahrrädern gefahren. Deshalb wurde nur in der Kölner Szene gesucht. Und der damalige Bundesinnenminister Otto Schily schloss umgehend einen rechts-terroristischen Hintergrund aus und verlautbarte, die Täter könnten nur organisierte Kriminelle gewesen sein. Dafür entschuldigte er sich immerhin bei seiner Öffentlichen Zeugenvernehmung im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) am 15.3.2013.

Offenbar sollte und durfte es nicht sein, dass Nazis die Täter der Mordserie waren. Aber warum? Und zuletzt mussten wir erfahren, dass viele Dokumente im Geheimdienst geschreddert und vernichtet wurden, auch dann noch, als der Nazi-Untergrund schon aufgefliegen war.

Warum? Was in den vernichteten Akten stand, lässt sich nicht voll rekonstruieren. Da riecht vieles nach Vertuschung.

Im Ausschuss gehen wir weiter den Fragen nach: War es bürokratische Ignoranz, Verstrickung oder bewusstes Zulassen und Zusehen von Teilen des Apparats, das Handeln und Nichthandeln der Akteure bestimmte?

Schon jetzt ist klar: Der Geheimdienst hat bei der Aufklärung von Gefahren und dem Schutz der Verfassung und der Grundrechte von Bürgern - vor allem von Migranten - dramatisch versagt. Deshalb muss der Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form aufgelöst werden. Nicht nur der Präsident, sondern das ganze Personal muss ausgetauscht werden. Sie haben die Gefahr des rechten, rassistischen Terrorismus zu lange geleugnet, die Spur nach Rechts beharrlich ignoriert. Diese Einstellung und Weltsicht ist untragbar, denn dabei zeigte sich ein „gravierendes Kontrollproblem“, u.a. „vielfältige Vertuschungsmanöver“ wie das ungehörige und teils weisungswidrige Schreddern von Nazi-Akten. Derlei verdeutlicht ein fehlendes „Bewusstsein der Notwendigkeit einer externen Kontrolle“ bei den Ämtern sowie mangelnden „Respekt gegenüber der Untersuchungsarbeit im Bundestag bzw. in den Landtagen“.

Anstelle des Bundesamtes für Verfassungsschutz sollte daher künftig ein unabhängiges Institut zur Demokratieförderung entstehen. Dieses Institut soll weder hoheitliche Befugnisse haben noch nachrichtendienstliche Mittel einsetzen dürfen. Stattdessen sollen seine Mitarbeiter Websites oder Bücher auswerten, an öffentlichen Veranstaltungen teilnehmen und Befragungen durchführen. Das Institut bekäme die Aufgabe, „Strukturen und Zusammenhänge gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Deutschland“ zu beobachten und zu analysieren sowie Bestrebungen, die sich gegen das „friedliche Zusammenleben der Völker“ richten, aufzudecken. Die gewonnen Erkenntnisse dazu soll das Institut dann nicht nur den Parlamenten, sondern auch der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Hans-Christian Stöbele, MdB

